

Einen Generationenkonflikt herbeireden - oder (gemeinsam) anpacken?
Gedanken zum Umgang mit einer Politik für mehrere Generationen

Über Schubladen

Dieses von mir moderierte Podiumsgespräch werde ich so schnell nicht vergessen. Denn die vorurteilsgeprägten Schubladen passten im Vorhinein scheinbar. Aber während dem Gespräch schon überhaupt nicht mehr. Und das war der Anfang: für ein Podiumsgespräch mit dem Titel „Konkurrenz der Generationen? Generationengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche in Sachsen“ war ich auf der Suche nach einer Beteiligung einer Senior:innenvertretung. Die Kommunikation war schleppend, doch nach einiger Zeit stand eine fast 80jährige Frau als delegierte Person fest. Als Kontaktdaten gab es nur eine Postanschrift sowie eine Festnetznummer. Das änderte sich in der darauffolgenden Zeit auch nicht, sie hatte tatsächlich weder eine Mobilnummer noch eine E-Mailanschrift. Wir sendeten also für die formellen Notwendigkeiten tatsächlich Briefe und das telefonische Abstimmen fiel auch schwer. Schublade auf: „Typisch ältere Person, langsam und dadurch kompliziert, bereits mit einem gewissen Abstand zu den Geschwindigkeiten des heutigen Alltags und der Kommunikation miteinander“. Schublade zu. Eine andere Schublade war gerade auch während der ersten Monate der Corona-Pandemie gut zu beobachten, also machen wir eine andere Schublade auf: „Die jungen Leute halten sich an keine Regeln, sind laut, hinterlassen Schmutz und wenn ihnen etwas nicht passt, dann benehmen sie sich schnell mal in aller Öffentlichkeit ziemlich daneben, bis die Polizei kommt.“ Andere Schublade zu. So weit, so einfach. Und schon haben wir einen vermeintlichen und ständig herbeigeredeteten Generationenkonflikt sehr lebendig beschrieben. Zumal die Angehörigen der Senior:innengeneration ja deutlich mehr sind, also wird doch die Politik mit Sicherheit an deren Interessen ausgerichtet, um deren Wählerstimmen...

Mit der Vertreterin der Senior:innenorganisation hatte ich im Vorbereitungsprozess eine sehr agile und themenfokussierte wie auch persönliche Verständigung. Einen Teil der Anreise bewältigten wir gemeinsam im Auto, denn für sie hätte eine Anreise mit dem ÖPNV zur Folge gehabt, trotz eines Veranstaltungsende um 18:30 Uhr im nicht sehr großen Sachsen nicht mehr nach Hause zu kommen. Der ÖPNV ist eine Herausforderung, die auch junge Menschen in ihrem Alltag sehr prägt und einschränkt. Ein Mobiltelefon und einen Internetzugang hat sie deshalb nicht, weil der Netzausbau dies in ihrem Dorf noch nicht wirklich in einer alltagstauglichen Form ermöglicht. Das ist eine weitere Herausforderung, die auch junge Menschen in ihrem Alltag sehr prägt wie auch einschränkt. Ganz nebenbei ist an dieser Stelle festzuhalten, dass die beiden oben gut und leicht gefüllten Schubladen sich jetzt schon nicht mehr so leicht schließen lassen. Es passt gewissermaßen nicht so recht, dass Bild eines Generationenkonfliktes. Dies arbeitete in sehr nachdrücklicher Form auch das Podiumsgespräch in einer auffällig gemeinsamen inhaltlichen Übereinstimmung heraus, ganz gleich, ob die jüngste Abgeordnete des Landtages der neuen Regierungspartei, der erfahrene Generalsekretär der schon immer im Freistaat Sachsen regierenden Partei, der Wissenschaftler, die Mitarbeiterin eines soziokulturellen Zentrums im Ländlichen Raum oder die hier schon angeführte Seniorin sprach. Denn alle suchten das Verbindende anstatt das Trennende und verstanden dies als lösungsorientiertes Gebot wie auch Selbstverständlichkeit.

Im Folgenden werden einige Gedanken zusammen getragen, die sich vor allem auf den Erfahrungen im Alltag orientieren und weniger Studien, Berichte und Aufsätze zitieren, wohlwissend, dass diese inhaltlich nicht wirklich gegenteilig zu den Ausführungen sind.

Teilhabe, generationsübergreifend gedacht

Politische Entscheidungen haben in aller Regel eine positive (oder auch negative) Auswirkung auf den Lebensalltag von Menschen. Dabei betrifft eher die kleinere Anzahl an Entscheidungen ausschließlich die junge Generation oder die der Ü-60Jährigen. Doch bereits der im ersten Abschnitt vollzogene Blick auf den ÖPNV und den Netzausbau verdeutlicht, dass viele politische Entscheidungen sehr grundsätzliche Auswirkungen auf alle Generationen haben. Dies betrifft sowohl Entscheidungen auf der Bundes-, Landes- oder kommunalen Ebene. So ist davon auszugehen, dass sowohl junge Menschen wie auch die Senior:innen ein hohes Interesse daran haben, auf ein gutes und dichtes ÖPNV-Netz zurückgreifen zu können, welches sich an sieben Tagen je Woche nicht nur an den Schulzeiten orientiert. Sicherlich unterscheidet sich in aller Regel der Zweck/das Ziel der Fahrt zwischen den Generationen und deren Alltags- und Freizeitgestaltung, aber eben nicht das Interesse an der Mobilitätsmöglichkeit und der damit verbundenen Unabhängigkeit von Dritten wie den Eltern, der Familie, dem Freundeskreis, etc. Ebenso ist davon auszugehen, dass beide Altersgruppen ein hohes Interesse daran haben, problemlos und ohne Funklöcher mobil telefonieren wie auch zu Hause oder unterwegs die Möglichkeiten des Internets nutzen zu können. Auch hier gibt es nachgewiesene Unterschiede zwischen den Generationen im Nutzungsverhalten. Jedoch hat spätestens die Pandemie ein entschiedenes Ausrufezeichen hinter die Notwendigkeit eines vollständigen wie auch schnellen Netzausbaus mit schlichten wie auch nachdrücklichen Beispielen gesetzt, sei es z.B. für die Möglichkeit der Bildtelefonie mit den entfernt wohnenden (Enkel)Kindern oder der Teilhabemöglichkeit am Unterricht der geschlossenen Schulen.

Die verschiedenen Generationen haben anstatt eines (gesellschaftspolitischen) Konfliktes vielmehr diverse gemeinsame Interessen, dies wird unmittelbar mit Blick auf den gemeinsamen Sozialraum deutlich. Denn gerade weil sie im gleichen Ort/Quartier leben, haben sie ein hohes und zugleich gemeinsames Interesse daran, dass dies eine vitale Region mit vielen Möglichkeiten ist. Auf dieses gemeinsame Interesse kann jede Generation für sich aufmerksam machen. Die Generationen können sich aber auch zusammen für dieses gemeinsame Interesse engagieren. Sie haben ebenso einen Bedarf daran, dass es im gemeinsamen Sozialraum gute Bedingungen sowohl des Jung-Seins und des Senior:innen-Seins gleichzeitig geben sollte. Aus der Perspektive der politischen Verantwortungstragenden bedeutet dies, sowohl in der Politik für junge Menschen wie auch in der Politik für die Ü-60Jährigen die gemeinsamen politischen Handlungsfelder/-notwendigkeiten zu erkennen und zu verfolgen, aber auch dem Wunsch nach der Anerkennung wie auch Entfaltung der jeweiligen Generation nachzukommen – denn vereinfacht formuliert ist ein Jugendclub eben ein Jugendclub und kein Senior:innenclub und umgekehrt. Aber es besteht ausdrücklicher Bedarf für beide Möglichkeiten und die zu recht viel gepriesenen Möglichkeiten eines Mehrgenerationenhaus kann dem nicht alleine gerecht werden. Die Notwendigkeit ergibt sich daraus, dass beide Generationen jeweils eigene (Rückzugsräume)Räume benötigen. Der elementare Unterschied besteht jedoch darin, dass der jungen Generation diese Räume auch zum Ausprobieren, Scheitern und dem Erfahren von Grenzen zugebilligt sein sollten, dafür bedarf es der Absicherung einer anderen fachlichen Struktur. Denn die fachpolitische Notwendigkeit Angebote der Jugendarbeit sicherzustellen unterstützt die Identifizierung mit dem sozialen Nahraum nicht nur der jungen Menschen. Diese allerdings sind bei Ausbleiben eines öffentlich geförderten Angebotes schneller bereit, sich alternative Räume zum Ausprobieren, Scheitern und dem Erfahren von Grenzen zu suchen und vor allem zu nehmen, und zwar in der Form, welche dann leicht missbilligend als auffällig und störend vom Rest der Gesellschaft wahrgenommen werden wird. Oder sie nehmen eines der zahlreichen analogen wie auch digitalen alternativen Angebote von Akteuren an, welche dem Ansinnen einer demokratisch und plural verfassten Gesellschaft entgegenwirken. Die Notwendigkeit einer professionellen Begleitung nicht nur durch das häufig alleinige Ermöglichen von (selbstverwalteten) Jugendclubs wird dabei nicht ausreichen. Diese Angebotsform ist nur ein

kleiner Bestandteil von möglichen weiteren Optionen einer fachlichen Jugendarbeit außerhalb der Schule. Zudem kann nur eine vorhandene Jugendarbeit eine Mittlerstelle zwischen den Generationen sowie zwischen jungen Menschen und den Akteuren in Politik und Administration sein.

An dieser Stelle soll noch einmal das Bild der „Schubladen“ bemüht sein, denn es wird nicht ausreichend sein, ein Angebot für „die“ Jugend und „die“ Senior:innen zu entwickeln (und womöglich in der Folge irritiert zur Kenntnis zu nehmen, dass dieses Angebot auf wenig Nachfrage stößt). Dem liegt ein einfaches Wissen zugrunde: es gibt nicht „die Jugend“ und „die Senior:innen“, denn viel zu sehr divers sind deren Lebenslagen und die daraus resultierenden Bedarfe wie auch Möglichkeiten. Aber auch die verschiedenen Interessen und zahlreichen Subkulturen in den jeweiligen Generationen unterstreichen, dass Verallgemeinerungen nicht hilfreich sind. Das Annehmen und Akzeptieren dieser Verschiedenheiten ist vielmehr notwendig. Dies scheint nun ein Dilemma zu sein. Allerdings zeigen Kommunen und Stadtteile, welche intensiv Teilhabeprozesse ermöglichen, dass genau das gegenteilige Potential darin steckt. Teilhabe ermöglicht nicht nur den für eine Demokratie elementaren Aspekt der Transparenz politischer wie auch administrativer Entscheidungsprozesse. Vielmehr kann sich beteiligt werden, Mitwirkung und Mitbestimmung sind ebenso möglich wie das Wahr- und Aufnehmen anderer Interessen, Bedarfe und womöglich Problemlagen. Teilhabe erhöht die Wahrscheinlichkeit, aufeinander zuzugehen, den Anderen wahrzunehmen und zuzulassen sowie den Sozialraum mitzugestalten und sich dadurch mit diesem positiv zu identifizieren, losgelöst von einer Generationenzugehörigkeit. Eine gemeinsame wie auch gegenseitige Verständigung ist also bedeutend für das Miteinander wie auch für die Identifizierung von politischen Entscheidungsmöglichkeiten. Allerdings muss dabei sichergestellt sein, dass trotz unterschiedlicher Lebenserfahrung eine Begegnung auf Augenhöhe eine Ausgangsbedingung ist. Nur so gelingen die Wahrnehmung und auch das Bearbeiten der Bedürfnisse der jeweiligen Generation. (Organisierte) Perspektivenwechsel sind dafür hilfreich. Insbesondere die „älteren“ Generationen können dabei ein zugewandtes Interesse an der jungen Generation ausdrücken, wodurch das Wachsen einer sozialen Bindung gestärkt wird. Oder um es polemisch zu formulieren: wenn die Alten die Jungen vergessen, dann werden die Jungen gehen, die Region noch älter werden und die Alten unter sich bleiben. Veränderung in Kommunen, aber auch in der Gesellschaft, geht nur gemeinsam. Dies ist eine Basis nicht nur für unsere demokratisch verfasste Gesellschaft, sondern eben auch für lebendige und aktive Orte, ganz gleich ob im abgelegenen Ländlichen Raum wie auch in einer Großstadt.

Politik konkret

Aus der Perspektive eines Autors, der sich insbesondere mit den Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen sowie der Politik für junge Menschen befasst, sollen in der Folge drei politische Möglichkeiten benannt sein.

Eine der größten sozialen Herausforderungen ist das stete Bestehen von Armutslagen in allen Generationen. Politische Entscheidungen, sofern sie denn überhaupt ausreichend angestrebt wurden, haben bislang nicht zu einer gerechteren Vermögensverteilung und damit zu Zugangsmöglichkeiten als Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe gesorgt. Mehr noch: Armut ist eine generationsübergreifende Problematik und ist ein Beispiel für von Generation zu Generation vererbten und sich somit problematisch verfestigten Lebenslagen. Dieses vorhandene Wissen veranschaulicht sehr nachdrücklich, dass gesellschaftliche Zustände generationenübergreifend analysiert werden müssen und in der Folge auch nur mit gesamtgesellschaftlich orientierten politischen Entscheidungen beantwortet werden können. Drei dafür essentiell notwendige Instrumente werden derzeit intensiv diskutiert und finden sich auch in zahlreichen Wahlprogrammen wie auch Positionspapieren wieder: die

Absenkung des Wahlrechalters auch für 16- oder gar für 14Jährige. Zurückliegende Kampagnen wie die regelmäßig durchgeführten U-18-Wahlen verdeutlichen, dass es weniger zu einer massiven Verschiebung der Wahlergebnisse kommen würde, gleichwohl aber zu einer verstärkten Identifikation mit dem Potential unserer Demokratie und der implizierten Teilhabemöglichkeit einer jeden einzelnen Person. Aber auch die politischen Ziele der sich zur Wahl stellenden Parteien würden sich in der Folge zum einen viel stärker mit den Wirkungen von politischen Entscheidungen auch mit dieser Bevölkerungsgruppe befassen wie auch die konkrete Ansprache junger Menschen stärker absichern. Die explizite Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz wie auch die Etablierung eines Jugendchecks in Gesetzgebungsverfahren würden sicherstellen, dass die Belange von jungen Menschen vor jeder politischen Entscheidung auch explizit eine Prüfung erfahren. Die Möglichkeit sich zu bzw. in diesen Verfahren selbst zu positionieren haben junge Menschen bislang kaum. Und auch hier hat die aktuelle Corona-Pandemie die Bedenken rund um die Achtung und Bewahrung von Kinderrechten eher verstärkt als geschwächt.

Eine gute Erzählung?!

Ein vermeintlicher Generationenkonflikt verblasst vor dem Hintergrund dieser hier skizzierten ersten und zahlreicher weiterer Handlungsmöglichkeiten lediglich zu einer Erzählung, die sich aus bestimmten und bewusst verwandten „Schubladen“ speist. Das stete Füllen von „Schubladen“ allerdings würde in der Tat Gegensätzlichkeit suchen, hervorheben und darauf beharren. Es wäre eine schlechte Erzählung. Gute Erzählungen jedoch sind viel beliebter und angenehmer, in jeder Generation - und in jeder Lebenslage.

Autor:

Christian Kurzke

Studienleiter des Studienbereichs „Jugend“

Evangelische Akademie Sachsen

im Dreikönigsforum Dresden

Hauptstraße 23

D-01097 Dresden

mobil: +49. (0) 151. 17 48 25 23

tel: +49. (0) 351. 81 243 - 18

christian.kurzke@evlks.de

<https://ea-sachsen.de/jugend/>

Weitere Hinweise

[HIER](#) finden Sie das vollständige Inhaltsverzeichnis der gesamten Ausgabe.

[HIER](#) finden Sie den Zugang zum kompletten Aufsatz.

Ausgabe 1/2021 der Zeitschrift forum erwachsenenbildung „Nein, es gibt keinen Generationenkonflikt“.

Dass es allerlei Generationenkonflikte gibt, wird regelmäßig beschworen, doch kaum hinterfragt. Genau besehen weiß keiner, was die großen Konfliktlinien zwischen Jung und Alt sein sollen, aber so kann man gesellschaftliche Diversität eben schnell und simpel sortieren. Es darf dabei nur keine Rolle spielen, dass auch ältere Menschen mehr digital Lernen wollen und in ihren Familien beträchtlich in die Zukunft der

Jüngeren investieren, oder dass die Jugend zum hygienischen Schutz der älteren Generation weiterhin sehr engagiert ihr soziales Leben und ihr Freizeitverhalten einschränkt.

Die aktuelle Ausgabe der *forum Erwachsenenbildung* bringt Farbe in diese Schwarzweißdebatte. Sie zeigt die gemeinsamen Konflikte von Jung und Alt, stützt sich auf empirische Analysen und blickt nüchtern auf ihr von Älteren für Ältere gemachtes Programmspektrum.

